

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

260 (8.11.1932)

Nof der Städte

Sieben Forderungen

Der Präsident des Deutschen Städtebundes, Dr. Mulert, hat an den Reichspräsidenten neuerdings ein Schreiben gerichtet, in dem er auf den bevorstehenden Zusammenbruch zahlreicher Gemeinden hinweist und die Forderungen der Städte in sieben Punkte zusammenfaßt, in denen es u. a. heißt:

1. Es ist notwendig, die Arbeitslosenhilfe vom Gemeindefiskus finanziell loszulösen und einheitlich zusammenzufassen;
2. Es ist dringend erforderlich, aus den Erparnissen der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge die ungedeckten Mehrausgaben in der Wohlfahrtsverwaltung für die Finanzierung und die Reichshilfe um den Betrag von rund 200 Millionen Mark sofort zu erhöhen;
3. Die Gemeinden müssen in die Kampffront gegen die Arbeitslosigkeit einbezogen werden;
4. Eine entscheidende Initiative des Reichs ist in der Frage der langfristigen Zinsbelastung dringend geboten mit dem Ziele, gangbare Wege zu einer Verminderung der Zinsverpflichtungen im öffentlichen Interesse von Schuldner und Gläubiger sowie der gesamten Volkswirtschaft zu finden;
5. Die Frage der kommenden Umshuldung muß abschließend beherrschend gelöst werden;
6. Die Gemeinden erwarten, daß die Reichsregierung zu der geordneten Vorkauf öffentlicher Betriebe nicht die Hand bietet;
7. Die Gemeinden müssen in eine nähere staatsrechtliche Beziehung zum Reich treten, die ihre Zusammenarbeit und ihre Verantwortung nach einheitlichen Gesichtspunkten nach sich zieht.

Deutsch-schweizerisches

Wirtschaftsabkommen unterzeichnet

Nunmehr ist in Bern ein neues Abkommen unterzeichnet worden, das die dringenden Fragen des deutsch-schweizerischen Wirtschaftsverkehrs regelt. Es bringt auf dem Gebiete der Erleichterungen für den Verkehr deutscher Touristen in der Schweiz und für die Bezahlung schweizerischer Waren durch deutsche Importeure. Für eine Anzahl schweizerischer Exportprodukte ist eine Herabsetzung der deutschen Zölle vorgesehien, während die Schweiz neben einigen Zollerleichterungen für eine Reihe deutscher Waren erhöhte Kontingente zugewiesen. Das Abkommen wird vom 17. November 1932 ab vorläufig angewendet werden und zunächst bis 31. März 1933 in Kraft bleiben.

Zu der Unterzeichnung will das Berliner Tageblatt noch mitteilen, daß zu den wichtigsten Regelungen des Abkommens die Herabsetzung der Zölle bei der Einfuhr von Eisen- und Aluminiumwaren gebore. Weiter den Warenzöllen werden noch herabgesetzt die deutschen Zölle auf verschiedene Textilien, Maschinen, Chemikalien, Arzneimittel und Schokolade. Auf schweizerischer Seite ist dagegen eine Erhöhung der Einfuhrkontingente für verschiedene Waren erfolgt.

Verhaftung und Freilassung in Spanien

Madrid, 6. Nov. General Sano, der dem Militärtribunal des Diktators Primo de Rivera angehört hatte, wurde hier bei seiner Rückkehr von Manila verhaftet. Er war neuerdings nach Madrid übergeführt worden, von wo er sich nach den Philippinen begeben wollte.

Madrid, 5. Nov. Der mit der Untersuchung des Mordes an dem 10. August des J. S. betraute Sonderrichter hat die Freilassung der Haupttäter Gebollino und Prieto sowie der Zeugen Ponce de Leon und Rodriguez Prieto angeordnet. Auch der frühere Herzog de Santa Cristina sowie Alfonso Caneado, Martinez und Angel Rodriguez, die ebenfalls nach den Vorwürfen vom 10. August verhaftet worden waren, sind, wie es scheint, in Freiheit gesetzt worden.

Herriot über die Gleichberechtigung

Zürich, 6. Nov. Auf dem Kongreß der Radikalen sprach Herriot, der dem Ministerpräsidenten Herriot, der sein Vertrauen zu den bestehenden Verträgen betonte. Er erklärte, wenn man daran denke, daß England einzig und allein deshalb 1914 in den Krieg eingetreten sei, weil es einen Akt unterzeichnet hatte, der die Neutralität Belgiens garantierte, dann habe man nicht das Recht, an der englischen Unterzeichnung zu zweifeln. Der Friede würde in weitem Ausmaße gefährdet sein, wenn alle Unterzeichner den gleichen moralischen Wert hätten, den England der feindlichen gegeben habe.

Herriot ging dann auf die Frage der Gleichberechtigung ein und erklärte, diese Frage sei ein Beweis für den Mangel an guten Glaubens. Als er die deutsche Note erhalten habe, habe er zunächst geantwortet, daß er keine geheimen und vertraulichen Verhandlungen annehme. Das sei für niemand verbindlich. Er, Herriot, halte an der Völkervereinigung fest. Er lasse gewisse Vorwürfe gegen Frankreich nicht durchgehen. Auf keinem Polen müsse er Frankreich verteidigen und zeigen, daß es recht habe. Rechtfertigung ja, aber nur, wenn die Formel die Absicht in sich schließt, ein späteres Regime gemeinsamer Sicherheit einzuführen. Wenn diese Formel aber nur Absichten zur Aufrechterhaltung und zur Verstärkung der Anstrengungen bedeute, dann nein!

Herausunter mit den Telefongebühren

Wo bleibt hier die Anrufbefugung

Es wird uns geschrieben:

Die Reichspost erhebt, unbefürmert um die Entwicklung der Preis- und Gebührenverhältnisse auf den meisten anderen Gebieten nach wie vor die für die mittleren und kleinen Geschäftsleute nicht mehr tragbaren hohen Telefon- (Anschluß-) Gebühren und so kommt es, daß die Zahl der bestehenden Telefonanschlüsse von Monat zu Monat immer mehr zurückgeht. Es ist begreiflich, daß in den Zeiten der überall von den anderen und für die anderen notwendigen Sparmaßnahmen die Geschäftswelt heute auf dem schon an einem Luxus gemordene Einrichtung eines Telefonanschlusses verzichtet, und wieder zur Postkarte oder der persönlichen Mitteilung zurückkehrt. Die Ursache des Rückganges liegen einmal in der mehr und mehr zunehmenden Unrentabilität des kleinen Geschäfts- und Handwerksmeisters und zum anderen aber hauptsächlich aber auch darin, daß die Einrichtung eines Telefonanschlusses, Gebühren für die teilweise Überführung eines Telefonapparates, Leitung der Außenleitung und sonstiger Zutaten im Ganzen circa 100.— M betragen, für die der Antragsteller, falls er den Telefonanschluß später wieder aufgeben gezwungen ist, keinen Pfennig mehr erhält. Daneben sind die allmonatlich zu zahlenden Grundgebühren in Höhe von 7.50 M zu zahlen, einerlei, ob Telefongespräche geführt werden oder nicht. Hunderte von kleineren Geschäftsleuten haben dann am Ende des Monats nicht nur die 7.50 M, sondern auch zum Beispiel für 50 Gespräche je 10 Pf. gleich 5 M zu zahlen, so daß ein Gespräch 25 Pf. kostet. Dadurch wird das Telefonkonto außerordentlich stark belastet. Wenn auch, wie es in den Bestimmungen so schön heißt, für Anschlußarbeiten und Reparaturen und Wenderungen für die Arbeitsmaße und Baukosten die Selbstkosten in Rechnung gestellt werden, die die Reichspost für die Stunde eines Telegraphenarbeiters oder Monteurs nahezu 1.50 M pro Stunde berechnet, so mag einmal die Behörde die Mitarbeiter darauf haben, wie sich diese exorbitant hohen Sätze erklären und an welche der von ihr beschäftigten Gewerbetreibenden und Unternehmer sie gleiche Stundenlöhne zahlt.

Deshalb muß nun aber auch die allgemeine Verzerrung lauten:

Herausunter mit den Telefongebühren.

Freistaat Baden

Landtagsitzung am Donnerstag

Am Donnerstag, 10. Nov., vormittags 10 Uhr, wird der Badische Landtag zu einer kurzen Sitzung zusammentreten, in der die Eröffnung der neuen Sitzungsperiode formell beschlossen werden wird. Die nächste Sitzung wird dann voraussichtlich am 15. Nov. stattfinden. Auf der Tagesordnung stehen Neuwahlen des Landtagspräsidenten und der Regierung.

Auf der Tagesordnung der Sitzung des Badischen Landtags am Donnerstag stehen neben der Regelung der Mandatsnachfolge für verstorbenen Abgeordnete, die Wahl des Landesständischen Ausschusses, der Bericht über die Tätigkeit des Landtages in der abgelaufenen Sitzungsperiode, sowie die Notgeleite betr. Bürgerpflichten des Landes.

Montag nachmittag hat dem D. 3. zufolge im Landtagsgebäude eine Besprechung der Mitglieder der Regierung und Führer der Koalitionsparteien stattgefunden.

Auf Grund des Reichstags-Wahlergebnisses würde nun der Badische Landtag folgen dem Beispiel von 40 Nationalsozialisten, 33 Zentrum, 17 Kommunisten, 15 Sozialdemokraten, 5 Deutsche nationale, 2 Deutsche Volkspartei, 2 Deutsche Staatspartei, 2 Evangel. Volksblende.

Zur Wahl eines Innenministers

Wie wir hören, haben die städtischen Kollegien in Mainz dem Genossen Bürgermeister Dr. Kraus einen längeren Urlaub bewilligt, so daß der Wahl des Genossen Dr. Kraus zum badischen Innenminister von der Seite aus kein Hindernis mehr im Wege steht. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion wird daher dem Genossen Kraus für den Posten des Innenministers in Vorschlag bringen.

Einnahmen und Ausgaben Badens im ersten Rechnungshalbjahr

In dem Haushaltszeitraum April/September 1932 betragen die Einnahmen des Landes Baden (nach Abzug der Steuerüberweisungen an die Gemeinden und Kreise und der Zuschüsse an die Unternehmungen und Betriebe) 82 285 000 RM., die Ausgaben 88 345 000 RM. Somit ergibt sich im ordentlichen Haushalt eine Mehrausgabe von 4 060 000 RM. Im außerordentlichen Haushalt besiffen sich die Einnahmen auf 296 Millionen (aus Anleihen), die Ausgaben auf 331 Millionen, so daß eine Mehrausgabe von 35 Millionen verbleibt.

Mit Rücksicht auf die Ungleichheit im zeitlichen Vollzug und die teils vorläufige Berechnung der Einnahmen und Ausgaben während der einzelnen Monate des Rechnungsjahres lassen sich zu vorläufigen Schlussfolgerungen auf den Abschluß der Haushaltsrechnung nach Ende des Rechnungsjahres im Vergleich zum Haushaltsplan aus obiger Darstellung nicht ziehen.

Die Einnahmen und Ausgaben für das Wohnungswesen, die außerhalb der Haushaltsrechnung verrechnet werden, sind in dem obigen Ausweis nicht enthalten. Das Jahresoll beläuft sich in Einnahme und Ausgabe auf 8 495 000 RM. Vom 1. April bis Ende September 1932 betragen die Einnahmen 3 968 958 RM., die Ausgaben 4 067 217 RM.

Die Ueberfüllung im höheren Lehrfach

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt: Der Beginn des Wintersemesters gibt Veranlassung, erneut und mit allem Nachdruck auf die Ueberfüllung im höheren Lehrfach hinzuweisen. Schon jetzt ist die Zahl der geprüften Kandidaten so groß, daß die Lehramtsstellen der jüngsten Jahrgänge mit einer langjährigen Wartzeit rechnen müssen, bis sie zu kurzfristigen Stellvertretungen herangezogen werden können. Seit zwei Jahren war es nicht mehr möglich, Studierenden die Aussicht zu eröffnen, die Anwartschaft auf Anstellung im höheren Schuldienst in Baden zu erlangen (numerus clausus). Auch in den nächsten Jahren wird infolge des höheren Rückganges der Schülerzahlen diese Anwart-

chaft voraussichtlich keinem Studierenden eröffnet werden können. Er wird lediglich die Möglichkeit haben, sofern er die in der Prüfungsordnung vom 19. April 1928 geforderten Voraussetzungen erfüllt, sich der Staatsprüfung für das wissenschaftliche Lehramt zu unterziehen, um dann den Vorzug zu machen, anderweitig unterzukommen.

Schwarzwälder Naziblatt auf drei Tage verboten

D. 3. Karlsruhe, 7. Nov. Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit: Die in Karlsruhe erscheinende nationalsozialistische Tageszeitung „Schwarzwälder Tagblatt“ wurde auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932 mit sofortiger Wirkung wegen Verächtlichmachung der Reichspresse durch den Artikel „Verwacht“ in Nummer 254 vom 1. November 1932 auf die Dauer von drei Tagen verboten. Das Verbot umfaßt auch die in demselben Verlag erscheinenden Kopieblätter der Zeitung, sowie jede angelegte neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt oder als ihr Ersatz anzusehen ist.

Warum müssen wir importieren?

Der Reichsverband Deutscher Fruchtrohändler e. V. Sitz Berlin, Ortsgruppe Karlsruhe, schreibt uns:

Auslandsgemüse und Obst beziehen wir nur dann, wenn die einheimische Produktion nicht in der Lage ist, den gesamten Bedarf zu decken, sei es was Qualität oder Quantität betrifft, sei es wenn deutsche Produkte überhaupt nicht am Markt sind. Südfrüchte wie Orangen, Zitronen usw. gedeihen ja sowieso nicht bei uns und müssen eingeführt werden. Welcher Importeur würde lo ungeschäftsähnlich handeln und Auslandsware einführen, wenn genügend vorhanden ist. Der hohe Zoll und die hohen Frachten, die dem Reiche zugute kommen, würden ihm effektiven Schaden bringen. In den Wintermonaten sind unsere Gärtner und sonstigen Teile der Landwirtschaft durch die Einfuhr von frischem Gemüse und Früchten in die angenehme Lage versetzt, mit diesen zu handeln und Verträge zu haben, da deutsche Produkte wohl kaum zu haben sind. Man denke nur an die frühen Gemüße, Salate und dergleichen, die jeder Hausfrau willkommen sein müssen. Die Wochenmärkte wären im Winter und im ersten Frühjahrs sozulagen ohne jede frischen Früchte und Gemüse, könnten wir diese nicht aus dem Auslande beziehen.

Es will gar nicht bestritten werden, daß es der Landwirtschaft in Deutschland schlecht geht, es soll nur bestritten werden, daß es der Landwirtschaft allein schlecht geht. Wie liegen doch alle Berufe darnieder, besonders die Industrie! Und gerade diese würde eine weitere schreckliche Arbeitslosigkeit aufzuweisen haben, wollten wir aus dem Auslande nicht oder nur wenig einführen. Die Auswirkung wäre eine so große, von der sich heute der ahnungslose Verbraucher kaum Begriffe machen kann. Warum mehr sich die Industrie heute mit Händen und Füßen gegen eine Kontingentierung der Einfuhr? Weil eine solche diese einfach schamhaft leeren würde und damit viele Tausende von Arbeitern brotlos.

Man muß die Kräfte immer beim Dorf lassen und einseitige Beratungen und Berichte sind nur mit Vorsicht aufzunehmen. Sie zeigen immer die eine Seite, die zum Vorteil gewisser Kreise sind, aber die andere und wertvollere verschweigen. Man beziehe aus dem Auslande viel weniger als wir ausführen, das muß hier endgültig gelöst sein. Und wenn wir nichts einführen, können wir unsere Industrieerzeugnisse auch nicht ausführen und mit schönen Worten und einseitig gefärbten Berichten ist es nicht getan. Man muß die Wirklichkeit sehen und hören lernen! Die Industrie, der Einfuhrhandel, Groß- und Kleinhandel usw. und die durch diese Beschäftigten, die von der Unterbindung der Einfuhr schwer betroffen würden, sind viele Millionen, deren größter Teil brotlos wird, wollte man aus dem Auslande nichts mehr einführen. Man verliert heute, den Käufer glauben zu machen, daß durch die Einfuhr Deutsche brotlos werden. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Durch die Einfuhr ist unsere Industrie imlande, auszuführen und gibt dadurch diesen Tausenden Arbeitern Beschäftigung und Brot.

Die Ferien an den höheren Schulen wurden vom Ministerium des Unterrichts für das Jahr 1933 wie folgt festgelegt: Weihnachtsferien vom 24. Dezember 1932 bis 7. Januar 1933, Osterferien 1933 vom 10. April bis 29. April, Pfingstferien 1933 vom 3. Juni bis 10. Juni, und Sommerferien 1933 vom 31. Juli bis 9. September.

Die schmeckt ja ganz anders

Der Unterschied zwischen 3 1/2 Pfg-Zigaretten schlecht hin und der Waldorf-Astoria-Zigarette OBERST fällt jedem sofort auf. Zu verwundern gibts dabei eigentlich nichts. Die OBERST wird ja immer noch aus demselben echt macedonischen Tabak gemacht wie früher, als sie noch 5 Pfennig kostete. Da muss sie doch besser sein!



OBERST die 3 1/2 Pfg-Zigarette

3 1/2 OBERST Bei der nach teurer Marken Art sich Milde mit AROMA paart.



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

8. November

1307 Schwur auf dem Rütli. — 1918 Abdankung des Herzogs von Braunschweig. — 1923 Hitler-Ludendorff-Putsch in München. — 1925 F. S. D. Hermann Greulich, Zürich. — 1926 Schweizerische Sozialdemokratie tritt der Internationale bei. — 1930 Auflösung der Demokratischen Partei.

Einer der Häufigen

Vor dem Einzelrichter. Angeklagt ein junger Mann von 21, feines Zeichens Schlosser und arbeitlos. Gefleht wie ein Eintäger, der Anzug auf Taille gearbeitet. Blätter und mit gleichgültiger Miene folgt er der Verhandlung. Beim Richter macht er trotz eleganter Aufmachung keinen günstigen Eindruck, denn eben mit dem eleganten Anzug hat er einen Schneider hereingelegt. Man sollte Jönen den Anzug ausziehen, und ihn dem Schneider, der seinen Mädelohn nicht erhalten hat, zurückgeben!

Kurt van K. so heißt der junge Mann, hat wieder eine Reihe leichtsinniger Streiche angefaßt. Er unterzieht ein Verhältnis mit einem ebenso leichtsinnigen Mädchen Eshiede, die es trotz ihrer 15 Jahre schon faulheid hinter den Ohren hat. Sie brachte ihm einen Herrenanzug, ein Damenkleid, Leberbrühe, einen Ledergürtel und eine goldene Uhrkette; dies alles war geliehen und der Angeklagte will es nicht gewährt haben. Er bewachte die Sachen teils auf, teils verkaufte er sie. Wenn er Geld brauchte — und wer hinter dem Mädel her ist, braucht immer Geld — war er rasch bei der Hand mit dem Verkauf. So machte er ein geliehenes Fahrrad zu Geld und veräußerte es ein Herrenanzug und andere Gegenstände, die ihm nicht gehörten. Für die kommunistische Partei verkaufte er Beitragsmarken und Plakette; die 12 Mark, die er dabei vereinnahmte, steckte er in seine Tasche. Für einen festlichen Anlaß „benutzte“ er sechs frischen Wein; diese kaufte er, indem er erzählte, seine Mutter würde sie bezahlen. Von wegen! Der Schneider, der ihm den feinen Anzug lieferte, wartet heute noch auf 23 Mark. Eine Zimmervermieterin legte er mit 25 Mark herein, indem er ihr seine Kreditwürdigkeit dadurch vorzeigte, daß er behauptete, er betriebe eine Werkstatt. Von einer Wirth erhielt er einen Koffer und einen Trainingsanzug. Ein junger Mann, mit dem er befreundet war, wurde durch ihn zu ebenbürtigen Straftatbeständen verurteilt und wurde für fünf bis sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Der Richter redet ihm eindringlich ins Gemisshen und seine Meinung über den Charakter des Angeklagten klingt nicht weniger als schmeichelhaft: „Diesmal haben Sie die SPD mit 12 Mark hereingelegt und bei der NSDAP haben Sie auch schon solche Sachen gemacht. Welche Partei werden Sie jetzt beitreten? Sie sind ein Mensch, der immer auf Kosten anderer Leute lebt. Wenn Sie sich nicht bessern, kommen Sie bald ins Zuchthaus. Sie möchten halt schön aussehen, einen feinen Anzug tragen und legen Wert darauf, daß Sie gut gekleidet sind. Auch Ihre Augenbrauen sind, wie ich schon behauptet, und den jungen Mädchen unglücklich machen und schaffen keinen Streich! Der Jugendrichter hat Ihnen schon ins Gemisshen geredet. Ich glaube, wir sehen uns noch oft!“

Angeklagter: Ich glaube nicht.
Richter: Höchstens, wenn ich hier wegkomme. Sie sind ein ganz trauriger Fall. Ihnen gehören jeden Tag 25 heruntergekommen.
Der Angeklagte, auf den die Worte des Richters keinen besonderen Eindruck zu machen schienen, ist im übrigen geistig. Das Gericht sprach wegen Hehlerei, Unterschlagung, Betrugs und Schwarzfahrens eine Gefängnisstrafe von vier Monaten und zwei Wochen, sowie eine Geldstrafe von 20 Mark aus. Auf die Strafe werden zwei Monate 25 Tage angerechnet.

Das neue Karlsruher Notabzeichen

Von der Notgemeinschaft wird uns geschrieben:
In jedem Winter bringt die Karlsruher Notgemeinschaft ein neues Notabzeichen heraus. Seit kurzem ist das Abzeichen für das Winterhilfsjahr 1932/33 erschienen. Man darf wohl ruhig sagen, daß es bedeutend geschmackvoller ist als das vorjährige Abzeichen, das alljährlich Neugier mit einem politischen Abzeichen hatte. Das neue Abzeichen zeigt auf der runden Grundfläche in erhabener Ausführung das Wahrzeichen der Stadt Karlsruhe, die Pyramide, aus der das Wort „Not“ befruchtet von einer lodernen Flamme, herausragt. Dieses Wort bildet gleichzeitig das Mittelstück der Schriftumrandung des Abzeichens: Karlsruher Notgemeinschaft 1932/33.

Im Gegensatz zu den Vorjahren, in denen das Notabzeichen erst kurz vor Weihnachten erschienen ist und gegen eine besondere Gebühr verkauft wurde, gelangt es beim diesjährigen Winterhilfsjahr an alle hilfsbedürftigen Gebur zur Ausgabe, die eine Mindesthöhe von 1.— Mark leisten.

Das Notabzeichen in dieser neuen Form wird sicherlich gerne von allen denen getragen werden, die ihre Liebe an die Karlsruher Notgemeinschaft abgeben haben und dadurch mit helfen ihren notleidenden Mitbürgern den Hunger und die Kälte des kommenden Winters zu lindern.

Wo ist der Tausender?

Es ist zwar kein Tausender, sondern ein Fünfhundert. Aber für den kleinen Betrag von 50 Pfennig kann man nicht gut mehr als 500.— Mark erwarten. Gemeint ist hier selbstverständlich der Hauptgewinn der seit letzten Samstag in unserer Stadt laufenden Winterhilfe-Lotterie, deren Hauptgewinn den Karlsruher Hilfsbedürftigen zugute kommt.

Wesentliches ist, daß in der jetzt laufenden ersten Serie bisher weder der Hauptgewinn von 500.— Mark noch die übrigen großen Gewinne gezogen worden sind, obwohl bereits rund 10000 Lose verkauft wurden. Die Gewinnauszichten für die restlichen Lose der 1. Serie sind also ganz erheblich gestiegen.
Darum Karlsruhe, nütze die Gelegenheit: Kauf Lose der Karlsruher Winterhilfe-Lotterie. Der Haupttreffer von 500 Mark ist noch für 50 Pfennig zu haben.

(?) Der erste Fünfhundert gefallt! Der Sonntag brachte den ersten 500-Mark-Gewinn der Winterhilfe-Lotterie. Der glückliche Gewinner ist ein Polizeimeister, der beim Fußballspiel auf dem K.B.-Platz zuseher war. Wie viele andere Zufaher kaufte auch er ein Winterhilfslos, welches zunächst einmal ein Preislos enthielt. Mit diesem wählte er sich sofort eine zweite Pyramide und siehe da, sie enthielt den heißbegehrten 500-Mark-Gewinn! Damit ist der erste große Gewinn der Winterhilfe-Lotterie gefallen. Die Nachfrage nach Losen wird nach diesem ermutigenden Beispiel sicher noch steigen, da auch noch die größeren Gewinne in den restlichen Losen schlummern. Sofort nach Verkauf der ersten Serie, die Losen zu Dreiviertel abgesetzt ist, erfolgt die Bekanntgabe des Preisloses über 100 Mark, das gestern morgen unter amtlicher Aufsicht gezogen und in Bancoverbarung genommen wurde. Die Ziehung und Bekanntgabe des Prämiengewinnes erfolgt sofort nach

vollständigem Verkauf der 1. Serie, voraussichtlich Mitte dieser Woche. Es heißt also, die alten Lose, auch die den Rietenscheinen anbedenden Prämienanteilscheine aufzubewahren bis zur Bekanntgabe der Gewinnnummer. Die Karlsruher Winterhilfe-Lotterie soll bis zu 300 000 gespielt werden. In ihr schlummern also noch 14 Hauptgewinne zu 500 Mark. Wer macht es dem glücklichen Polizeimeister, der den Gewinn der 1. Serie gezogen hat, nach?

Genosse Gustav Meißner gestorben

Inerwartet rasch mußte unser Kollege im Alter von 50 Jahren von uns werden. Ein Schlaganfall hielt in beinahe 14 Tage schon ans Bett gefesselt. Mit der Überwindung des Drudes der Vorkämpfer freien Presse durch die Verlagsdruckerei Volksfreund kam Genosse Meißner als Typograph-Maschinenleger in den Karlsruher Parteibetrieb. Erst vor kurzem war er mit seiner Familie nach hierher übergesiedelt. Und heute ist er schon nicht mehr unter den Lebenden. Die Kollegen im Volksfreund verlieren in ihm einen aufrichtigen, liebenswürdigen und hilfsbereiten Mitarbeiter. Besonders die Vorkämpfer Kollegen können ehrend der Arbeit gedanken, die Genosse Meißner als Gewerkschafter, Parteigenosse, Mitarbeiter im Parteiblatt, Sänger und als Mensch schließlich immer gemeinsam geleistet hat. Die Geschäftsleitung wie das Personal der Verlagsdruckerei Volksfreund werden dem Genossen Meißner ein treues Gedenken bewahren. Die Beerdigung findet am Mittwoch, 9. November, nachmittags 2.30 Uhr statt.

Die Polizei berichtet:

Betrügerische Geldinstitute

Von der Gewerbebehörde wurde gestern ein Vermittlungsagent aus Durlach festgenommen und ins Gefängnis eingeliefert, weil er in zahlreichen Fällen Geldsummen um ganz erhebliche Beträge betrogen und außerdem ihm anvertrautes Geld unterschlagen hatte. In gleicher Sache wurde ein Verfahren gegen den Geschäftsführer eines Geldinstituts und dessen Generaldirektor eingeleitet.

Radfahrer ohne Licht

In letzter Zeit mußten zahlreiche Radfahrer angezeigt werden, die bei Dunkelheit ohne Licht fuhren. Es wird bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam gemacht, daß es nicht genügt, wenn ein Radfahrer eine Taschenlampe in der Hand trägt, es muß vielmehr an dem Fahrrad eine hellbrennende Beleuchtungsanordnung angebracht sein.

Berkehrsunfall

Ede Bahnhofstraße und Bahnhofplatz stießen gestern abend zwei Personentransportwagen zusammen und wurden derart beschädigt, daß sie abgeschleppt werden mußten. Der Zusammenstoß wurde dadurch verursacht, daß der eine Kraftfahrer beim Einbiegen von der Bahnhofstraße nach links nach dem Bahnhofplatz die Kurve schnitt. Glühbirnenwurde niemand verletzt.

Die Ausstellung „Deutsche Woche“

wird bis einschließlich Mittwoch, 9. November, verlängert, um noch möglichst vielen Leuten die ausgearbeitete aufbaue Ausstellung vorzuführen. Als Grund der Verlängerung wird das schlechte Wetter der vergangenen Tage, die beiden Feiertage, die große Besucherzahl am Samstag, angeführt. Durch die Gratisausgabe einer Tasse Kaffee an jeden Besucher seit einigen Tagen hat der Besuch stark zugenommen.

Die „Deutsche Woche“ hatte am Sonntag Regenbesuch. Das verschiedentlich aufgeführte Theaterstück „Bekker“ wird am Dienstag wiederholt. Die Verlosung von größeren Geldsummen findet am Mittwoch, den 9. November, abends 6 Uhr, in der Ausstellungshalle statt.

Sozialdemokratische Partei Karlsruhe

Freitag abend 8 Uhr im Festsaal des „Friedrichshof“

Haupt-Versammlung

Eine Ehrenpabe an Adolf Hitler

haben sich Karlsruher Künstler, wie der „Führer“ berichtet, anlässlich der Stillernstellung angeschlossen. Wie der „Führer“ hierzu schreibt, handelt es sich um folgende Persönlichkeiten des Karlsruher Kunstlebens:

Professor Hilber, Leonhardt, Gebhardt, Echehalt, Kupfer Schmidt, Baumelger und Frau Zippelius.
Man wird auf tun, sich diese Künstlernamen auch zu merken.

Karlsruher Hafenerkehr im Oktober 1932

St. R. A. Der Wasserstand des Oberrheins hat im Oktober 1932 zunächst den im September beobachteten Kilganga fortgesetzt und — am Rheinf bei Maxau gemessen — den höchsten Punkt am 24. ds. Mts. mit 874 Zentimeter erreicht. Ist jedoch bis zum Ende des Monats wieder auf 29. ds. Mts. gesunken und bis zum Ende des Monats wieder auf 491 Zentimeter gesunken. Im ganzen genommen war der Wasserstand des Oberrheins für die Großschifffahrt im Oktober 1932 etwas günstiger, als im September 1932 und im Oktober 1931. Für die Großschifffahrt nach Karlsruhe waren Schiffsleistungen nur noch am Anfang des Monats Oktober 1932 erforderlich. Im Karlsruher Rheinhafen sind im Oktober 113 Güterboote und Motorfahrzeuge sowie 231 Schleppfähnen angekommen und 114 Güterboote und Motorfahrzeuge sowie 231 Schleppfähnen abgegangen. Der Güterverkehr war somit im Oktober 1932 größer als im September 1932 und im Oktober 1931. Der Schleppverkehr war im Oktober 1932 größer als im September 1932, dagegen erheblich kleiner als im Oktober 1931, was in der Hauptsache auf eine geringere Einfuhr von Braunkohlenbrühetts zurückzuführen ist.

Der Umschlagsverkehr im Karlsruher Hafen war im Oktober 1932 im wesentlichen aus dem gleichen Grunde rund 11 000 Tonnen kleiner als im September 1932 und rund 41 000 Tonnen kleiner als im Oktober 1931.

Die Personenbeförderung im Karlsruher Hafengebiet sowie nach und von Karlsruhe ist im Oktober 1932 in der üblichen Weise eingeleistet worden.

(?) 70. Geburtstag. Auf sieben Desjennien Erdenwallens kann heute unter Parteigenosse Friedrich Günther, Hallenmeister a. D. zurückblicken. Genosse Günther ist insbesondere in Eisenbahnerkreisen sehr bekannt, schon über 30 Jahre gehört er dem Einheitsverband der Eisenbahner an und stand stets

in vorderster Reihe, wann es galt, die Interessen der Eisenbahner zu vertreten. Ganz besonders die Magazinarbeiter haben allen Grund, der Tätigkeit Günthers für die Belange ihrer Arbeiterkategorie dankbar zu sein. In der sozialdemokratischen Partei zählt der Jubilar zu den ältesten Mitgliedern, ebenso hat der „Volksfreund“ in ihm einen jahrzehntelangen Helfer und treuen Abonnenten zu verzeichnen. Möge Genosse Günther noch recht viele Jahre ungetrübten Lebens sich erfreuen. Das ist unser Glühwunsch zu seinem heutigen Wiegenfest.

Gemeinschaftswerbung „Deutsche Woche“

In einer sehr großen Anzahl deutscher Städte werden gegenwärtig Gemeinschaftswerbungen für die Erzeugnisse der industriellen, handwerklichen und landwirtschaftlichen Arbeit veranstaltet. Diese Gemeinschaftswerbungen führen den Namen: „Deutsche Woche“, und stehen unter dem Leitpruch: „Deutsche Arbeit — Deutsche Ware“. In der jüngsten Zeit wird die Gemeinschaftswerbung von den meisten Staaten in großem Umfang gewollt. Durch die Verschärfung der Wirtschaftskrisis und die Erschließung aller weltwirtschaftlich interessierten Gebiete durch diese Krise wurde den einzelnen Ländern gemäßigtes das Geheiß des Handels aufgegeben. Wir finden überall das Bestreben, den Inlandsmarkt für die einheimischen Erzeugnisse freizuhalten. In erster Linie sucht man dies durch handelspolitische Maßnahmen zu erreichen. Auf diese handelspolitischen Fragen kann in diesem Rahmen im einzelnen nicht eingegangen werden. Es genügt hier schon, auf die Tatsache hinzuweisen, daß beispielsweise das klassische Land des Freihandels, England, schon seit längerem das Freihandels-System verlassen hat und dazu übergegangen ist, die englische Wirtschaft durch Zölle und andere Zwangsmaßnahmen vor den Einfüssen der Weltmärkte zu schützen.

Außerordentlich wirksam ist die Werbemethodik des „Empire Marketing Boards“, des Reichsausfühlers für die Werbung der Waren des englischen Weltreiches, die das ganze englische Volk erfasst hat, und an deren Spitze der englische Hof selbst steht. Eine sehr rührende Werbemethodik wird auch in der Schweiz entfaltet, wo alljährlich die „Schweizer Woche“ durchgeführt wird, die auch uns für die Abhaltung der „Deutschen Wochen“ zum Vorbild geworden ist, und in Italien wird seit 1926 unter dem bekannten Schlagwort: „battaglia economica“ ein Kampf wegen der Bezug von ausländischen Waren geführt, der allerdings über den Rahmen der politischen Werbung in unserem Sinne weit hinaus geht. In Deutschland werden ebenfalls seit Jahren Gemeinschaftswerbungen durchgeführt. Sie erstrecken sich aber meistens nur auf bestimmte Waren bzw. Warengruppen. Eine allgemeine Werbung auf breiterer Grundlage hatten wir nicht. Diese erste mit der 1930 unter Führung des „Volkswirtschaftlichen Aufklärungsdienstes“, einer gemeinnützigen Werbeorganisation, die von den Spitzenvereinigungen der Wirtschaft im Reich gebildet wurde, ein, letzte aber rasch festen Fuß und vermochte sich bereits 1931 in erfreulicher Weise auszubehnen.

Die bekannteste und wirksamste Werbemaßnahme des Volkswirtschaftlichen Aufklärungsdienstes ist die „Deutsche Woche“. Sie wurde im Herbst 1930 erstmals in Halle und im Herbst 1931 bereits in mehr als 500 deutschen Städten durchgeführt.

In Baden wird die „Deutsche Woche“ in diesem Jahre neben Karlsruhe nur in Freiburg durchgeführt. An beiden Veranstaltungen sind alle Wirtschaftskreise mehr oder weniger beteiligt. Den Mittelpunkt der „Deutschen Woche“ in Karlsruhe bildet eine Ausstellung, über die an anderer Stelle ausführlich berichtet worden ist.

Um Missverständnisse, die sich an die Bezeichnung „Deutsche Woche“ knüpfen könnten, auszuwischen, sei noch ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Maßnahme nichts gemein hat mit irgendwelchen Autarkie- oder Konsumbewegungen. Die „Deutsche Woche“ soll vielmehr nur politisch werden für deutsche Erzeugnisse. Sie wendet sich nicht gegen die ausländischen Erzeugnisse schlechthin, sondern nur gegen die ausländischen Erzeugnisse schlechthin, und verlangt nur die Zurückführung der heimischen Waren und verlangt zum mindesten den Vorzug ab, wenn es in derselben Güte wie die Auslandsware zur Verfügung steht. Die Erkenntnis allein, daß durch jede unnötige Einfuhr ausländischer Ware der deutsche Bauer mehr verarmt, deutsche Arbeiter brotlos werden, genügt nicht; es muß erreicht werden, daß auch nach dieser Erkenntnis gehandelt wird, denn leider muß die Feststellung gemacht werden, daß noch ein großer Teil des deutschen Volkes durch eine erschöpfende Gedankenlosigkeit beim Einkauf geradezu in der entgegengesetzten Richtung handelt.

Es bedarf keiner besonderen Begründung, daß die „Deutsche Woche“ sich unter strenger Einhaltung der genannten Grundfäden abspielt im Rahmen der außenhandelspolitischen Möglichkeiten bewegt.

Die Gemeinschaftswerbung wendet sich aber nicht allein an die Verbraucherschaft, sondern auch an den deutschen Erzeuger, dem sie nahebringen versucht, daß die Voraussetzung jeder erfolgreichen Werbung die Darbietung solcher Waren ist, die in ihrer Qualität und Verpackung auch den Anforderungen der Kunden entsprechen.

Die „Deutsche Woche“ will also nach beiden Richtungen hin erzieherisch wirken. Dieser Aufgabe wollen wir in Karlsruhe besonders den Ausdruck verleihen durch die große Ausstellung in den städtischen Ausstellungsräumen. Wenn unsere Bestrebungen in diesem Sinne aufgefaßt und verstanden werden, dann wird auch die „Deutsche Woche“ in Karlsruhe ein voller Erfolg werden.
Dr. Kiffel, Karlsruhe.

EISERNE FRONT KARLSRUHE

J. B. 2

Seute Dienstag abend 6.30 Uhr Turnhalle. Schube mitbringen.

Wasserstand des Rheins

Basel 50; Waldshut 250; Rheinweiler minus 126; Rehl 278; Maxau 446; Mannheim 336 Zentimeter.

Beamte und Büroangestellte

sollten als Frühstückstränk stets Ovomaltine nehmen. Ovomaltine schafft eine Kraftreserve für den ganzen Tag und Sie überstehen den anstrengenden, nervenzermürbenden Dienst viel besser. Abends sind Sie dann noch frisch und leistungsfähig. Ovomaltine stählt Muskeln und Nerven, schmeckt ausgerechnet und ist leichtverdaulich. Sie mögen sie schon bald gar nicht mehr entbehren. 147

Lieber an etwas Anderem sparen, aber Ovomaltine nehmen!

Originaldosen zu RM. 1.15, RM. 2.15 u. RM. 4.— in allen Apotheken und Drogerien. Ein Gratismuster erhalten Sie von der Fabrik Dr. A. Wander G.m.b.H., Abt. 155 Osthofen-Rhein.

